

Silvianer Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Presernova ulica Nr. 6. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegengenommen. — Einzelpreise: Für das Inland vierteljährig Din 30.—, halbjährig Din 60.—, ganzjährig Din 120.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern Din 125

Nummer 10

Donnerstag den 4. Februar 1926.

51. Jahrgang

Existenzminimum.

(Zuschrift aus Lesertreffen.)

Es ist jedermann nur zu gut bekannt, daß Lieb über die zu hohen Steuern und den bedrückend raschen Niedergang all unserer Wirtschaftsfaktoren. Jede Provinz fühlt sich als die am meisten belastete und wenn man die verschiedenen Steuerstatistiken studiert, dann weiß man wirklich nicht, wem die Dornenkrone zuerkannt werden muß. Ist es die Wojwodina, ist es Slowenien, ist es Kroatien oder ist es am Ende sogar Serbien? Aus den „Statistiken“ geht das nicht ohneweiters hervor und es spielt schließlich auch keine Rolle. Das Entscheidende ist die Wirkung, welche die Höchstbesteuerung da und dort hervorruft. Und da muß man sagen, daß unser kleines Slowenien so ziemlich am übelsten wegkommt. Denn unser Bauernstand pfeift wirklich schon am letzten Loch. Seine armen bescheidenen Angehörigen sitzen auf ihren Waldhöfen und ohne eigentlichen Värm drücken ihnen die Schuldenlasten den alten Väterboden unter den Füßen weg. Was nützt es, daß die Bauern des Bacheu reich sind an wunderschönem Holz, wenn dieses Holz nicht verkauft werden kann? So ist haben sie nichts und vom stehenden Holz kann man nicht herunterbeißen und auch keine Steuern zahlen. Auf dem Weizenmeer der Wojwodina kann das schwere Schiff der Steuern schwimmen. Dieses Meer verwanbelt sich alljährlich in Gold und soviel bleibt doch zurück, daß die Leute nicht ganz um ihren Schweiß kommen und daß sie leben können. Bei uns ist es aber anders. Bei uns bleibt für die breiten Massen schon nichts mehr zurück. In anergogener unendlicher Steuerdisziplin und Steuergeduld zahlen sie zwar noch immer, aber es geht schon nicht mehr aus dem laufenden. Es geht daraus, was frühere Zeiten zu festem Besitz und Boden zusammengesetzt, es geht schon aus dem Kapital. Wie lang wird es dauern, daß dieses zu Ende sein wird? Und was dann?

Der Zweck dieser Betrachtung ist, aus diesem

Lieb eine einzige Zeile herauszunehmen und ihre Sonderbarkeit anzustarren. Das neue Finanzgesetz, das dieser Tage durch den Finanzausschuß gegangen ist und dieser Monate durch das Plenum der Nationalversammlung gehen wird, enthält die Bestimmung, daß das einkommenbesteuerbare Existenzminimum 5000 Dinar pro Jahr beträgt. Das heißt doch, daß jeder Landesbewohner, der im Monat 416 Dinar Einkommen hat, pro Jahr 321 Dinar Einkommensteuer zahlen muß. Hat er „sogar“ mehr als das doppelte Existenzminimum zu „verzehren“, sagen wir 12.000 Dinar, dann bekommt er dieses „Einkommen“ mit 1095 Dinar besteuert. **Verzehren?** Wenn er es zu „verzehren“ hätte! Er muß daraus Wohnung, Schuhe, Kleider, Beheizung usw. bezahlen. Das alles wird in das „Einkommen“ eingerechnet, diese Dinge sind, wie es so schön heißt, keine „Abzugsposten“. Was da zum „Verzehren“ übrigbleibt, kann man sich an den Fingern abzählen. Kurz: der Staat will durch die neuerliche Festsetzung eines so niedrigen Existenzminimums das trockene Brot des Armen, die buchstäbliche trockene Brotkruste, weiterhin direkt besteuern. Freilich ist diese Festsetzung bloß Fiktion. Sie ist nur das Mittel, jeden, aber schon jeden besteuerebaren Para im Lande sicher zu erfassen. Denn es wird mit Ausnahme der Ärmsten unter den Armen wenig Leute geben, die mit 400 Dinar pro Monat „existieren“ können. Gibt es ihrer doch welche — es gibt viele, die damit existieren müssen — dann existieren sie aber schon so minimal, daß sie die Steuerschraube, ohne mit dem § 104 in Konflikt zu kommen, höhnisch an sich vorbeischauben sehen können. Denn wo nichts ist, hat bekanntlich auch das Steueramt sein Recht verloren. Sogar ein Bettler muß als schlechter Bettler bezeichnet werden, der sich nicht 400 Dinar monatlich zusammensetzen kann.

Wer käme von diesem Existenzminimum für die „Einkommensteuer“ also in Betracht? Von den „freien“ Berufen sehr wenige Betreuer. Es kom-

men in Betracht die untersten Kategorien der Arbeiter und die ständigen Angestellten von ländlichen Wirtschaften. Ein Pferde- oder Kuhknecht, der außer Kost und Wohnung an Lohn 1400 Dinar jährlich bezieht, also 116 Dinar monatlich, könnte für die Einkommensteuer herangezogen werden, weil die Steuerbehörde selbst die Verpflegung und Bekleidung eines solchen Arbeiters mit monatlich 300 Dinar ansieht und in das Einkommen einrechnet. $300 \times 12 = 3600 \dots 116 \text{ } 66 \times 12 = 1400 \dots 3600 + 1400 = 5000$. Ein Mann, der monatlich 116 Dinar hat auf die Hand bekommt, müßte nach dieser Rechnung monatlich 25 Dinar Einkommensteuer bezahlen.

Und nun kommt das, was man je nach Geschmack als Pferdefuß bezeichnen kann oder als zusammenfassendste „Logik“ unserer Steuergesetzgebung. Solche Leute nämlich, die mindestens 5000 Dinar jährlich verdienen, sind schon besteuert und zwar durch die famose Besteuerung der manuellen Arbeiter. Auch hier ist das Einkommen von 5000 Dinar die Grenz. Jeder manuelle Arbeiter, der dieses jährliche Minimum verdient, muß 3,3% von diesem Einkommen dem Steueramt abführen. Eine geradezu lässlich sichere Ergreifung dieser Steuer, weil für ihre Ablieferung die Arbeitgeber haften. Sie bedeutet fast für alle, die auf das Existenzminimum von 5000 Dinar entfallen, die Einkommensteuer. Und nun muß man sich fragen: wozu wird in Einkommensteuertabelle mit dem Existenzminimum von 5000 Dinar begonnen? Für die manuellen Arbeiter gilt es nicht, denn die sind schon besteuert. Für wen gilt es denn dann? Für solche Unglückliche, die kein größeres Einkommen haben und auch keine manuellen Arbeiter sind? Jedenfalls. Und da ist der Widerspruch. Ein manueller Arbeiter mit dem Jahresverdienst von 5000 Dinar bezahlt davon 165 Dinar Steuer. Der arme Teufel, der nicht manueller Arbeiter ist, zahlt, sofern die Steuertabelle richtig ist — und warum soll sie es nicht sein? — 321 Dinar 25 Para. Sollte zahlen, natürlich.

Der Parlamentarismus und die Franzosen.

(Pariser Brief.)

Es ist unbestreitbar, daß man einer starken Bewegung gegen den Parlamentarismus in Frankreich beobachtet. Uebrigens sind sämtliche Abgeordneten in allen Ländern selten populär. Bereits bei der Revolution von 1851, die dem Napoleonischen Staatsreich vorausging, wurden die Deputierten an den Barrikaden mit den Rufempfangen: „Nieder mit den 25-Francs-Männern!“ Worauf der Deputierte Baudin die berühmte Antwort fand: „Ihr werdet bald mal sehen, wie man stirbt für 25 Francs!“ Damit stieg er auf eine Barrikade und fiel sofort unter den Schüssen der Bonapartisten Truppen.

Die Volkgeföhle dem Deputierten gegenüber haben sich aber selber nicht geändert; und gegen diese Männer, unter denen sich denn doch einige befinden, die einen intellektuellen Wert haben, wendet sich die Wut der Menge und der Presse gegenwärtig mehr als je. Kleine Zwischenfälle des Pariser Lebens beweisen dies dem Beobachter täglich.

So entstand jüngst in der Untergrundbahn ein Streit zwischen zwei Reisenden aus nichtigen Gründen;

plötzlich rief der eine der beiden, der nichts mehr zu sagen mußte: „Uebrigens bin ich Deputierter.“ Er hatte überhaupt keine Zeit, zu Ende zu sprechen; der ganze Wagen, der bisher gleichgültig dem Streit zugehört hatte, erhob sich wie ein Mann und man hätte den Deputierten, der sich dessen rühmte, nobel zugerichtet, wäre der Zug nicht in eine Station eingefahren und der Deputierte aus dem Zug gesprungen. Wir kritisieren diese feindlichen Geföhle den Deputierten gegenüber nicht, wir stellen sie nur fest. Man dürfte vielleicht die Gründe dazu darin sehen, wie die Deputierten ihr Mandat ausüben. Man wirft ihnen eine Masse Dinge vor: sich die Postfreiheit für ihre Korrespondenz selber zugesprochen zu haben, ihr Gehalt selbst erhöhen zu haben, wo alle anderen sparen müssen, nur die Hälfte der Telefongebühren zu bezahlen usw.

Wenn ein Deputierter reich, läßt er umsonst erster Klasse und man hält ihm ein Abteil frei, selbst wenn der Wagen überfüllt ist und andere Reisende in den Schergen stehen. Au dies ist gegenwärtig mehr als je unpopulär und wenn die Unglücklichen noch einmal, wie sie es beabsichtigen, ihr Gehalt von 27.000 Francs auf 40.000 Francs erhöhen, so darf man sich fragen, ob nicht das Wort wahr wird, daß Jupiter denen den Beistand nimmt, die er verdrängen will.

Geht ein bescheidener Franzose in ein Ministerium,

läßt man ihn stundenlang warten, geht ein Deputierter hin, hat er Vorrang vor allen Wartenden. Solche Dinge verletzen gegenwärtig mehr als je in unserem durchaus demokratischen Volksempfinden, wenn es auch Kleinigkeiten sind. Aber Kleinigkeiten nehmen in kritischen Zeiten, wie der Parlamentarismus sie gegenwärtig in Frankreich lebt, ungeahnte Proportionen an. Dabei will ich nicht einmal von unserer schwierigen Finanzlage reden, für deren Lösung man allein den Deputierten und ihrem leeren Redeschwall die Schuld gibt.

Will man noch weit bezeichnendere Beispiele? In Aconts wurde vor dem dortigen Gericht eine Strafsache zwischen zwei Bürgern ausgetragen. Der eine hatte den anderen verklagt, weil er ihn „dreißiger Deputierter“ geschimpft hatte. Ist das eine Beleidigung? Der Kläger behauptete es. Das Gericht sollte entscheiden; es hat die Beleidigung bejaht mit der Begründung, daß im Spezialfall der Ausdruck „Deputierter“ identisch sei oder nach Abstrakt des Beleidigers identisch sein könnte mit „Idiot“, „leerer Schwärmer“, „unnützes Subjekt“. Es hat daraufhin den Beleidiger mit 25 Francs Geldstrafe belegt. Auch in Paris wurde ein Händler bestraft, weil er einen peinlichen Käufer mit dem Ausdruck „schmieriger Deputierter“ belegt hatte. Es sind nur kleine Episoden, aber sie sind bezeichnend.

Warum ist, wenn schon die Besteuerung der Brotkruste fortgesetzt wird, diese für das Existenzminimum von 5000 Dinar nicht mit 165 Dinar angeführt worden? Das wäre Logik und Uebereinstimmung. Man braucht sich aber, wie oben angedeutet, den Kopf nicht zu zerbrechen. Die Steuer der manuellen Arbeiter mit 5000 Dinar Jahreslohn hat man fest, weil man die Arbeitsgeber eingespannt hat, und die sonstigen Existenzminimalen wird man nicht greifen können. Nur ein Zeichen dafür, daß man jeden Knopf im Land ergreifen will und ergreifen kann, ist dieses Existenzminimum. Ob es nobel ist, auch von der kleinen Brotkruste noch seinen Teil haben zu wollen, das ist etwas anderes. Wer wird darüber streiten wollen, wo es doch überall so „triumphale“ Parteiversammlungen gibt! Die sind doch wichtiger. Vielleicht wird, wenn das Elend fortschreitet, auch die „Begeisterung“ einmal ihr Existenzminimum finden. So ungefähr um Null herum.

Das geplante Steuerungs-gesetz — die Vernichtung des legitimen Handels.

Von Anton Birgmayr jun., Maribor.

Unser Minister für soziale Fürsorge hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, welcher die Preise aller zum Leben notwendigen Waren maximieren soll und die Kaufmannschaft unter die Kontrolle der Polizei, des Gerichtes und der politischen wie auch der Disziplinarbehörden stellt.

Dieser Gesetzentwurf hat eine allgemeine Aktion sämtlicher Handels-, Gewerbe- und Industriekorporationen ausgelöst, welche gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes energig protestierten und selbst das Parlament hat eine ablehnende Haltung eingenommen.

Wie wohl heute noch jemand auf so einen Gebanken kommen mag, Einrichtungen, die allenfalls der Krieg einem Staate aufzwingt, wieder ins Leben zu rufen, ist wohl unklar, noch dazu, wenn die ganze Welt schon zur Friedenswirtschaft und zum freien Handel übergegangen ist.

Ein Staat mit solchen Kornkammern, reichen Viehbeständen, den riesigen Wäldern, mit dem Ueberschuß an Kohle usw. will ein Steuerungs-gesetz schaffen, welches nicht einmal Oesterreich beibehalten hat, weil es sich nicht bewähren konnte. Welche drakonischen Strafen z. B. dieses Gesetz beinhaltet, dürfte nicht jedermann schon bekannt sein.

Der § 3 des Gesetzesentwurfes z. B. besagt: „Unter Lebensmittel versteht man nach diesem Gesetze alle Waren und Gegenstände, welche zur Erhaltung des Menschen und Viehs dienen, wie auch die Bekleidung, Beschuhung, Heizung und Beleuchtung.“ Im § 9 heißt es: „Auch jedes künstliche Erhöhen der Preise aller Lebensmittel, angeführt im § 3 dieses Gesetzes, von Seiten einzelner Verkäufer, welche den Verkauf als Kaufmann versehen, ist verboten und wird mit Arrest von 1 bis 6 Monaten und mit einer Geldstrafe von 30.000 bis 60.000 Din bestraft.“ Was versteht man unter künstlichem Erhöhen? Wenn eine Miskernte höhere Preise bedingt oder wenn durch den Staat auf eine Ware Steuern und hohe Zölle gesetzt werden, welche die Ware verteuern.

Es würde unbedingt zu weit führen, sämtliche 46 Paragraphen mit ihren Strafen bis zu sechs Monaten Arrest und bis zu 100.000 Dinar Geldstrafe anzuführen, doch ist es erwähnenswert, daß die Arreststrafen nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen, wohl aber kann die unheimlichste Geldstrafe in Arrest umgewandelt werden, wofür je 50 Dinar für einen Tag Arrest berechnet werden. Weigert sich ein Handels- oder Gewerbetreibender infolge der Preisbestimmung, sein Gewerbe weiterzuführen und stellt er es ein, so hat die Behörde das Recht, (nach § 20) das Lokal oder die Arbeitsstätte zu requirieren und den Betrieb auf eigene Kosten weiterzuführen, bei Abstattung einer von der Preisbehörde bestimmten Miets an den Inhaber. Hat das nicht Ähnlichkeit mit einer Sozialisierungsbestrebung?

Abgesehen davon, daß diese Verordnung eine Erniedrigung des ganzen Handels- und Gewerbestandes bedeutet, untergräbt sie auch das Ansehen unseres Staates im Auslande und wirft unseren kulturell hochstehenden Handel auf ein Niveau,

welches heute noch gar nicht vorausgesehen werden kann.

Heute, wo der Konkurrenzkampf schon ein berartiger ist, daß jeder Unternehmer, sei es der kleinste Greidler, sich mit dem bescheidensten Gewinne begnügt, seine Lebensansprüche auf das minimalste zujust, um seine Existenz zu erhalten, andererseits der Käufer nicht angewiesen ist, nur in einem Geschäft seine Waren zu kaufen, sondern die billigste Einkaufsquelle aufsucht, ist es doch nicht angebracht, solche Gesetze zu schaffen. Ein solches Gesetz würde nur das Gegenteil des Zweckes hervorbringen. Die Ware würde vom Verkehr verschwinden, weil sie der Produzent zu dem von der Behörde festgesetzten Preise nicht verkaufen würde, der unausbleibliche Schleichhandel würde einsetzen und sein dankbares Feld finden. Der naivste Volkswirtschaftler muß sich der Folgen bewußt sein oder haben wir aus dem Weltkrieg und der Nachkriegszeit nichts gelernt? Hat sich das Preisstreikgesetz vom 30. November 1921 bewährt? Kein Mensch wird das behaupten können, sondern nur der freie Handel, die freie Konkurrenz, die reelle Arbeit des Kaufmannes hat die Preise reguliert und wird dies nur allein im Stande sein, so lange der Staat Friedenswirtschaft betreibt.

Auch der Konsument muß sich die Folgen des geplanten Gesetzes vor Augen halten, denn er wird deshalb nicht billiger das Fleisch und die Milch bekommen, sondern wird die Lebensmittel je nach Handhabung des Gesetzes gleich teuer wie heute, wenn nicht teurer, aber niemals billiger bezahlen. Außerdem kann er sich verschiedener Konsumvereine, Verbrauchergenossenschaften bedienen und dem Kaufmann ausweichen.

Es muß sich daher jedermann gegen die Gesetzgebung dieses Entwurfes aussprechen, sei er Kaufmann, Kleingewerbler, Unternehmer oder Industrieller, sei er Beamter, Arbeiter, Landwirt oder Geistlicher, jeder bringe sein entschlossenes „Nein“ zum Ausdruck, wo immer es sein mag und möge, jede kleinste Körperschaft soll zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen, damit es dem Herrn Minister für soziale Fürsorge klar wird, daß wir uns nicht durch solche Gesetze von der übrigen Welt verspottet lassen.

Warum sucht der Herr Minister die Ursache nicht dort, wo sie zu finden ist? Warum erleichtert er nicht die ungewöhnlich hohen Lasten, die der Staat jedem Kaufmann und Gewerbetreibenden auferlegt, die hohen Bahntarife usw.? Oder soll die Masse durch ein solches Gesetz über die schlechte Wirtschaftspolitik unseres Staates getäuscht werden? Wenn der Staat in seinem eigenen Haushalte zu sparen beginnen würde, dem Handel und der Industrie die auferlegten Steuern und sonstigen Abgaben ermäßigen wird, wenn er seine eigenen Betriebe rationell bewirtschaften wird, wenn er alle Hemmnisse, welche einer freien Entwicklung des Verkehrs, der Produktion und der freien Schaffensfreude jedes einzelnen entgegenstehen, beseitigt, dann wird die Verbilligung der menschlichen Bedarfsartikel von selbst kommen, ohne daß der Herr Minister zu solchen abfurden Mitteln zu greifen braucht.

Politische Rundschau.

Julien.

Im Zeichen von Parteiversammlungen.

Die zahlreichen Parteiversammlungen der letzten Zeit weisen darauf hin, daß nach der Annahme des Staatsvoranschlags durch das Plenum des Parlamentes am Ende noch Neuwahlen zu erwarten sind. Am vergangenen Sonntag fanden in Maribor eine Versammlung der selbständigen Demokraten, in Sarajewo eine Versammlung der Radikalen und in Zagreb eine Versammlung der Slowenischen Volkspartei statt, auf welche letzterer Dr. Korosic baldige Neuwahlen als unvermeidlich bezeichnete. Von den Parteiversammlungen der Selbständigen Demokraten (am Samstag) in Celje und (am Sonntag) in Maribor ist nichts Besonderes zu erzählen, Herr Preibövic sagte in beiden Fällen ziemlich das gleiche, was er in Ljubljana gesagt hatte. Während er in Celje, wo schon der Versammlungsraum dazu ange-regt haben mußte, über die nationalen Minderheiten kein Wort verlor, widmete er ihnen in seiner Marburger Rede nachfolgenden Absatz, auf den wir noch zurückkommen werden: Die Deutschen und Magyaren klagen, daß sie in einem fremden Staate leben, der ihnen keine Freiheit gibt. Zwischen uns Serben, Kroaten und Slowenen kann ein nationaler Kampf

nicht mehr möglich sein, es gibt nur einen Wirtschaftskampf, der uns aber nicht nach der Abstammung trennt. Hier in diesem Staate sind es wir, die ihm den Charakter geben. Wenn die Deutschen und Magyaren in unserem Staate objektiv sind, müssen sie bekennen, daß es ihnen in diesem Staate viel besser geht als unseren Brüdern in Rumänien, Ungarn, Griechenland, Italien und Oesterreich. Sie müssen bekennen, daß wir Jugoslawen ein liberales Volk sind, liberaler als unsere Nachbarn, die unsere Brüder bedrücken und verfolgen. Unser Liberalismus aber hört auf jener Linie auf, welche bezeichnet, daß das unser nationaler und jugoslawischer Staat ist. Auf seiner Versammlung in Subotica sagte Stephan Radić: „Wir wollen den Magyaren und Deutschen viel mehr Rechte geben, als in den Konventionen über den Minderheitenschutz enthalten sind.“ Wir geben sie ihnen nicht, aber wir haben ihnen schon solche Rechte gegeben, die im Einklang mit den Interessen unseres Staates stehen. In Ljubljana habe ich gesagt, daß unser Staat auch auf diplomatischem Wege dafür sorgen muß, daß die Existenz unserer Brüder in anderen Staaten, an die wir immer denken und die wir niemals vergessen wollen, beschützt und gesichert werde. Wir sehen jetzt nicht, daß unser Staat dem Rechnung getragen hätte. Im Gegenteil sehen wir, daß das kleine Oesterreich, das nicht einmal eine Armee hat, daß der Torso eines Staates ist, daß dieses Oesterreich sich untersteht, unser Volk zu bedrücken und zu verfolgen. Ich frage, wie kann wegen Oesterreich Jugoslawien nachgeben, das soviel stärker und im Recht ist? — Bezüglich des „nationalen Charakters“, vor dem der Liberalismus der selbständigen Demokraten sofort halt macht, bemerkt die Marburger „Straža“: Da die Selbständige demokratische Partei den „nationalen Charakter des Staates“ selbst bestimmen will, ist es sicher, daß die nationalen Minderheiten von Preibövic nicht einmal die allerprimitivsten Menschenrechte erwarten können.

Stephan Radić in Sarajewo.

Am Sonntag hielt Unterrichtsminister Stephan Radić in Sarajewo eine Versammlung unter freiem Himmel ab, an der 15.000 Personen teilnahmen. Er erklärte, daß die 800.000 Muselmanen, gegen die man in den Städten, wo sie überall die Mehrheit besäßen, nicht arbeiten könne, eine Verbindung zwischen Jugoslawien und der Welt des Islam darstellen müßten. Die Religion sei den Kroaten und Muselmanen gemeinsam, auch wenn sie zwei Kirchen besäßen: denn Gott sei der gleiche, das Vaterland sei das gleiche, der Verstand sei der gleiche und so müsse auch die Freude die gleiche sein. Wo aber Gewalt herrsche, könne es keine Freude geben.

Um einen Hengst . . .

In der Sitzung des Parlamentes vom 1. Februar beantwortete der Ackerbauminister eine Anfrage des Abg. Moskooljevč (serbischer Landarbeiter) über den Ankauf eines französischen Hengstes, der zu teuer bezahlt worden sei. Der Hengst kostete den Staat 350.000 Dinar und für die Uebernahmungskommission seien 100.000 Dinar ausgegeben worden. Dazu sei der Hengst noch impotent. Minister Jovanovč erklärte, der Hengst sei nicht zu teuer bezahlt worden, denn die französische Presse habe behauptet, daß er so billig hergegeben worden sei. Er sei auch nicht impotent, denn von 22 Sprüngen seien 21 gelungen. Der Fragesteller war mit der Antwort nicht zufrieden.

Annahme des Gesetzes über die staatliche Gewerbebank.

Am 30. Jänner wurde vom Parlament in Beograd der Gesetzentwurf über die Errichtung der Gewerbebank angenommen. Die Einwände der Opposition, daß der vorliegende Entwurf rückschrittlicher sei als der des früheren Ministers Rojic, weil die Beteiligung des Staates von 6 auf 5 Millionen herabgesetzt werde, fertigte der Regierungsbekanntmachung damit ab, daß er sie auf das Bestreben zurückführte, die Bedeutung der Arbeit der Regierungsmehrheit fortgesetzt zu schmälern.

Ausland.

Die Räumung von Köln.

Am 31. Jänner wurde die erste Besetzungszone im Rheinland von den alliierten Truppen geräumt. In Köln begannen um Mitternacht alle Glocken zu läuten; über 100.000 Menschen standen auf dem Platz vor dem Dom, um dem Einmarsch der deutschen Schutzmannschaft beizuwohnen und die Reden des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer und des preußi-

ihnen Ministerpräsidenten Braun anzuhören. Wer ein Radio besitzt, konnte auch in unseren Gegenden an dem Ereignis teilnehmen. Das Tosen der Volksmenge und der von Hunderttausend Stimmen gesungene Choral „Großer Gott wir loben dich“ sollen von undeschreiblicher Wirkung gewesen sein. Die Londoner „Daily News“ schreiben, daß es für jeden Engländer ein Erlebnis gewesen sei, an diesem Abend in London am Kamin seines Hauses zu sitzen und den Jubel der Deutschen über die Befreiung Kölns von der britischen Besatzung mitanzuhören.

Deutschland hat in der Entwaffnung alles getan!

Der englische Außenminister Chamberlain wurde am 29. Jänner bei seiner Abreise von Paris von den Pressevertretern gefragt, ob Deutschland alles, was in seiner Macht gelegen war, getan habe, um die Abrüstung durchzuführen. Der Minister antwortete mit fester Stimme: Jawohl — alles!

Anders als mit Italien.

Wie aus Washington gemeldet wird, besteht die Gefahr, daß die Schuldenverhandlungen mit den jugoslawischen Delegierten abgebrochen werden, weil die Amerikaner unannehmbare Forderungen stellen. Die Gesamtsumme Jugoslawiens an Amerika beträgt 606 Millionen Dollar, d. h. ungefähr 31.000.000.000 Dinar.

Graf Bethlen an der Fällscheraffäre mitbeteiligt?

Das Pariser „Journal“ berichtet, daß Briand im Besitze eines Briefes sei, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß Ministerpräsident Graf Bethlen über die kriminellen Handlungen des Prinzen Windischgrätz und Ribosy fortlaufend Bericht erhalten habe. Er kannte diese Handlungen und habe sie unterstützt.

Aus Stadt und Land.

Pribičević in Celje. Jede Partei hat ihre eigenen Augen. Diese Augen haben die Eigenschaft, die Aufmärsche der anderen Parteien verkleinert zu sehen, die eigenen Parteiemonstrationen aber vergrößert. Während in den demokratischen Blättern vor allem, was auf die Versammlungen des Herrn Pribičević in Celje und in Maribor Bezug hat, das Wörtchen „triumphal“ steht, beschreibt der Ljubljanaer „Slovenec“ den Empfang des bekannten Führers in Celje folgendermaßen: Er kam mit dem Nachmittagszug, der aus Zagreb kommt. Auf dem Perron erwarteten ihn, saze und schreie, 69 Mitglieder der demokratischen Partei mit Dr. Kalan an der Spitze. Bei der Ankunft begrüßten sie ihn mit lauten (No! No!) Vivio-Rufen. Pribičević erwiderte auf die Begrüßungsrede nichts. Wahrscheinlich war er überrascht über die Wichtigkeit seiner Anhänger. Das geht auch aus dem Gespräch zweier ländlicher Demokraten hervor, die Pribičević in Begleitung eines Ellier Demokraten zum Hotel Union geleiteten. „Salamenski Gijani“, sagte einer der fremden Demokraten, „warum habt ihr nicht ein größeres Hallo gemacht? Es war ein geradezu vernichtender Eindruck. Was ist mit der Djuna, schläft sie?“ Er bekam darauf die resignierte Antwort: „Die Ellier sind halt Ellier“. Er wollte damit sagen, daß es in Celje recht wenig Demokraten gibt. Recht (?) hat er gehabt!

Der Vizebürgermeister der Stadt Celje bei der Parteiverammlung an die — Luft gefegt. Bei der Manifestationsversammlung des Herrn Pribičević im „Deutschen Haus“ ereignete sich der bemerkenswerte und sicherlich nicht häufige Fall, daß der Vizebürgermeister der Stadt gewaltsam an die frische Luft befördert wurde. Der Ljubljanaer „Slovenec“ berichtet über diesen interessanten Zwischenfall folgendes: Auf die samstägige Versammlung kam auch der Vizebürgermeister unserer Stadt Herr Sobec. Er kam gerade dazu, als Dr. Kalan in erhebenden Worten Pribičević im Namen aller Anwesenden begrüßte. Da machte Herr Sobec den der Wahrheit entsprechenden Zwischenruf: „Nicht im Namen aller!“ Was war die Folge? Drei Demokraten stürzten auf ihn los und schleppten ihn gewaltsam aus dem Saale. Dabei erlitt Herr Vizebürgermeister Sobec eine leichte körperliche Beschädigung an der rechten Hand. — Wie man hört, will Herr Vizebürgermeister Sobec gegen die Hinausbeförderer gerichtlich aufzutreten.

Nekaj so kuha! läßt sich bei „Narodni dnevnik“ vom Freitag vernehmen und wir möchten als Chronisten vermerken, was sich nach der Meinung des Ljubljanaer Blattes in Celje zusammenlocht.

Der „Narodni dnevnik“ schreibt u. a.: Etwas locht sich. Was es wird, weiß man noch nicht. Solche Gerüchte kreisen in Celje und man spürt kaum, von woher sie kommen. Aber diese Gerüchte haben konkrete Gestalt angenommen. Wie schon aus den Zeitungen bekannt ist, sind in den radikalen Klub der Gemeinderäte und zur radikalen Partei drei Gemeinbeaufschäfte übergetreten, die bisher beim Klub der Slowenischen Volkspartei gastiert haben, und zwar der Apotheker Pofavc, der Hotelier Jamer und der Tischlermeister Sviga. Der radikale Klub im Ellier Gemeinderat zählt jetzt sieben Mitglieder. Ferner ist die radikale Partei in Celje zur Überzeugung gekommen, daß sie in Celje mit den selbstständigen Demokraten, die im ganzen Staate in heftigster Gegnerschaft zur radikalen Partei stehen, nicht mitarbeiten kann. Vergessen ist auch das Unrecht noch nicht, daß die Selbstständige demokratische Partei bei den letzten Parlamentswahlen gegen die radikale Partei besonders im Marburger Gebiet verübt hat. Besonders der Beamtenschaft, von der man wußte, daß sie radikal ist und die offizielle radikale Liste wählte, war der Kampf angesagt. Sogar dem Herrn Minister Dr. Terjav erschießen es zu viel, als ihm der Gebietsobmann Dr. Rudolf Ravnik einige solcher Fälle von Unrecht anzugab. Vorläufig werden wir diesen Unrecht nicht behandeln, falls es aber notwendig sein wird, werden wir auch das tun. Es ist daher kein Wunder, daß die Radikale Partei, die bisher im Ellier Gemeinderat tatsächlich die Selbstständige demokratische Partei unterstützte, entschlossen einen „Punkt“ dahinter gesetzt hat. Aber auch die nationalsozialistische Partei hat schon einige Male erklärt, daß sie mit der Selbstständigen demokratischen Partei im Gemeinderat nicht mitarbeiten kann, weil sie nicht zufrieden ist mit der städtischen Wirtschaft und Verwaltung. Am 22. Jänner haben 12 Gemeinderäte, und zwar 6 Radikale und 6 Nationalsozialisten, mittelst einer schriftlichen Eingabe den Bürgermeister, daß er im Sinne des § 4 der Geschäftsordnung auf den 28. Jänner eine außerordentliche Gemeindefassung einberufen mit der in der Eingabe festgesetzten Tagesordnung. Der § 4 besagt, daß der Bürgermeister die Sitzung einberufen muß, wenn es ein Drittel der Gemeinderäte verlangt. Insofern ist aber die Geschäftsordnung mangelhaft, daß sie nicht den Termin festlegt, bis wann der Bürgermeister dieser Forderung nachzukommen hat. Das weiß der Herr Bürgermeister sehr gut und daher antwortete er, daß er es bis 28. Jänner nicht tun könne, wohl aber später. Wie man sieht, sind die Unruhen der Ellier Kommunalpolitik schon ziemlich sichtbar. Die Selbstständigen Demokraten ärgern sich, daß die Radikalen in Celje fortschreiten, und versuchen, das Anwachsen der Radikalen zu schmälern. Aber das nützt alles nichts. Die radikale Partei in Celje muß ihre große Lebenskraft zeigen, indem sie die Politik vom Gesichtspunkt ernster Arbeit für Volk und Staat aus betrachtet. Es handelt sich nicht darum, Personen in den Vordergrund zu rücken, sondern um eine gesunde Bewegung, welche in die Kommunalpolitik von Celje Anständigkeit, Aufrichtigkeit und richtiges Verstehen der Stadtverwaltung und der städtischen Wirtschaft bringen muß. — Da sich die Blätter der gegenwärtig noch am Magistrat herrschenden Gruppe hartnäckig ausschweigen, brachten wir die obigen Mitteilungen eines Radikalen, womit wir aber natürlich nicht ausdrücken wollen, daß seine Gesichtspunkte auch die unseren sind oder daß wir die Gründe und Hintergründe so sehen, wie er sie zeichnet. Die Gemeinderatssitzung vom 3. Jänner, der mit großem Interesse entgegengesehen wird, wird hoffentlich ein klares Bild der Situation ergeben.

Die Sitzung des Gemeinderates vom 3. Jänner, von der allerhand Sensationen erwartet wurden — der Ljubljanaer „Slovenec“ konnte z. B. schon nicht glauben, daß der Herr Bürgermeister noch vor dem „Entscheidungskampf“ abgedankt hätte, brachte keine „Sensationen“. Es wäre denn die, daß nach dem Feueralarm bei der Malfaconifabrik der Gemeinderat zufolge Beschlussfähigkeit zu den heimischen Penaten aneinanderstreifte. Viel Geschrei — nämlich, wie oben beschrieben, vor der Sitzung — und wenig Wille in der Sitzung. Der Bericht darüber folgt in der Sonntagsnummer.

Brand. Am 3. Jänner um dreiviertel 7 Uhr abends wurde die hiesige Feuerwehralarmiert. Es brannte die Leinwandfabrik „Sabinja“ gegenüber der Villa Stiger neben Hubertus, die erst kürzlich den Besitzer gewechselt hatte. Den Flammen fielen der Dachstuhl und das erste Stockwerk zum Opfer, während das Maschinenhaus erhalten werden konnte.

Trauerung. Am Sonntag, dem 31. Jänner, fand in St. Peter die Trauerung des Herrn Franz Marquetz, Schriftsetzers in der Druckerei „Celja“, mit Frl. Ursula Gersak, Besitzerstochter aus St. Peter pod Sv. gorami, statt.

Todesfall. In Bajtersberg hat am 21. Jänner ein Mann, der in Maribor wohnt, und Rechnungsrat i. R. Josef Senekowitsch nach schweren Leiden gestorben.

Ungefunde Dinge gibt es überall genug, meint der Ljubljanaer „Narodni dnevnik“, in Slowenien ebenso wie in Prograd. Daß die Minderheitenfrage gelöst werde, stellen unsere Deutschen an die Kärntner Landesregierung einen Antrag, demzufolge die Kärntner Slowenen die Schul- und Kulturautonomie bekommen sollten. Unsere slowenischen Blätter aber schweigen über diesen Antrag, weil sie nur darüber berichten, wo ihre Partei profitieren kann, nicht aber darüber, was dem Volke zum Nutzen ist.

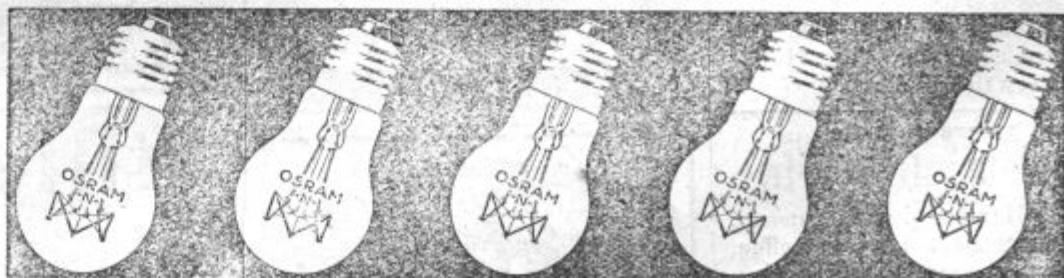
Geld oder Leben! In der Nähe des Spitalfriedhofes in Podvince bei Ptuj wurde der Besitzer Toplak aus Dornova von einem Mann überfallen, der ihm mit einem Messer 15 Wunden im Gesicht, an der Brust und an den Beinen beibrachte. Der Angreifer, der den Besitzer vom Wagen zerrie, schrie: „Geld oder Leben“, worauf Toplak bat: „Laß mich, ich habe fünf Kinder zuhaus!“ Nachdem ihm der Räuber die Geldtasche mit 300 Dinar abgenommen hatte, verschwand er im Dunkel der Nacht. Den Verwundeten verband der rasch geholte Ptjauer Arzt Dr. Blanke, der ihn auf dem Auto des Gutsbesitzers Pongorč aus Dornova in das Spital in Ptuj überführen ließ.

Weinausstellung in St. Jlj. Am 22. und 23. März l. J. findet in St. Jlj eine Weinausstellung statt, in welcher die Weinbauern des Gebietes von der Staatsgrenze bis zum linken Draufufer ihre Weine ausstellen werden. Auch österreichische Weinproduzenten, die ihre Weingärten auf jugoslawischem Staatsgebiete besitzen, werden sich an der Ausstellung beteiligen können. Die Veranstaltung verfolgt den Zweck, den Beweis zu erbringen, daß die Windischbühler Weine in ihrer Beschaffenheit den Lattenberger Weinen nicht nachstehen.

Den Alleinverkauf der Continental-Schreibmaschine — Wandererwerkzeug-Erzeugnis — hat die Firma Ivan Legat, Maribor, Vestinska ul. 30 für Slowenien und angrenzende Teile Kroatiens erworben. Fabriksneue Continental-Maschinen sind nunmehr nur bei genannter Firma und deren Subvertreter erhältlich.

Neue Briefmarken. Das Markendepot des Post- und Telegraphenministerium erhielt dieser Tage

Die neue Osram



die Einheitslampe der Zukunft!

Man beachte die neue Birnenform!

die erste Sendung von 2 Millionen Stück Postmarken neuer Ausgabe zu einem Dinar. Die Marken sind etwas schmaler und höher als die bisherigen. Das Klischee wurde von dem bekannten Künstler Wagner entworfen und von einer Wiener Firma in Hochdruck ausgearbeitet. Das Bild König Alexanders befindet sich gleich den Marken alter Auflage im Oval. Als Ornament dient unter anderem auf der Marke ein Pirotek Leppich. Vorderhand wurden bloß Marken zu einem Dinar in roter Farbe gefertigt. In kürzester Zeit werden auch grüne Marken zu 25 Para und olivbraune zu 50 Para gedruckt werden.

Die Anklageschrift gegen die ungarischen Fälscher wurde zwei Angeklagten eingehändigt. Unter den Angeklagten befindet sich auch der Feldbischof Zadavac. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß die Fälschungen bereits im Jahre 1923 begonnen haben. Die fertiggestellten falschen Banknoten wurden in der Wohnung des Feldbischofs fortgesetzt und sodann zum Prinzen Windischgrätz und schließlich in den ungarischen Nationalverband gebracht. Der Landespolizeichef Radoffy ist auch angeklagt, daß er rumänische Pässe gefälscht habe.

Ein Plakat mit den 10 Geboten der Faschisten gab die faschistische Vereinigung Brennerwacht heraus. Diese Gebote lauten: 1. Italien ist göttlich. 2. Die alten Römer haben alle Völker der Erde überflügelt. Das heutige Italien ist unüberwindlich. 3. Der Brenner ist nicht das Ziel, sondern ein Ausgangspunkt! 4. Der geringste Italiener ist wenigstens so viel wert wie tausend Fremde. 5. Die italienischen Produkte sind die besten der Welt. 6. Die italienische Landschaft ist die schönste der Welt. 7. Um die Schönheit der italienischen Landschaft zu verstehen, muß man italienische Augen, das heißt „geniale“ Augen haben. 8. Italien hat alle Rechte, denn es besitzt und wird stets das absolute Monopol des schöpferischen Geistes besitzen! 9. Alles, was je erfunden wurde, ist von Italienern erfunden worden! 10. Deshalb muß jeder Fremde Italien mit den Gefühlen religiöser Andacht betreten.

Kleine Nachrichten aus Slowenien. Zum Staatsanwalt in Celje wurde Herr Dr. Ivan Lilar ernannt. — Mag. Pharm. Franz Ribič in Celje hat um die Errichtung einer neuen Apotheke in Rogatec und um die Bewilligung der Konzession zum Betrieb dieser Apotheke angefragt. — Herr Dr. Hans Ganslmayer aus Kočevje ist von der türkischen Regierung als Professor für Bakteriologie und Serumtherapie zur Leitung des veterinärhygienischen Ministerialinstituts in Angora berufen worden; Herr Dr. Ganslmayer ist bereits nach Konstantinopel abgereist. — In Ljubljana ist am 21. Jänner der

frühere Bürgermeister von Ljubljana Herr Dr. Ludwig Berič im Alter von 42 Jahren gestorben. — Am 29. Jänner ist in der Station Rajhenburg der Laßzug Nr. 43 entgleist, wobei glücklicherweise bloß Sachschaden angerichtet wurde. — In Maribor ist die strenge Hundekontumaz aufgehoben worden; die leichtere Kontumaz (Führen der Hunde an der Leine oder Maulkorb) bleibt noch weiterhin in Geltung. — In So. Jedert bei Laško ist der Bergmann Anton Zuparčič im Alter von 89 Jahren gestorben; der Verstorbene machte im Jahre 1867 die Expedition des Kaisers Moq nach Mexiko mit.

Kurze Nachrichten.

Auf der Strecke zwischen Sombor und Binkovce stießen auf der Station Novi Dalj zwei Personenzüge zusammen; außer großen Materialschaden wurde ein Reisender getötet und mehrere Personen leichter und schwerer verletzt; in dem einen Zug reisten auch ein rumänischer Minister und zwei rumänische Abgeordnete. — Der Postbeamte Bošković in Novisab hatte während 3 Jahre Briefe unterschlagen; bei seiner Verhaftung fand man 3000 Postsendungen bei ihm; Privatpersonen wurden um 300.000 und der Staat um 100.000 Dinar geschädigt. — Die Versicherungsgesellschaften in der Wojwodina haben alle Versicherungsverträge gekündigt; neue werden sie bloß mit ganz verlässlichen Personen und Firmen abschließen; die Ursache dieses außergewöhnlichen Vorgehens bilden die zahlreichen verbrecherischen Brandlegungen und fingierten Einbrüche. — In Pskow wurden 16 Offiziere der 19. Sowjetbrigade wegen Meuterei erschossen; angeklagt waren 179 Offiziere wegen Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Korpskommandanten Ukrovskij. — Der belgische Kardinal Mercier, der während des Krieges viel von sich reden machte, ist dieser Tage gestorben. — Ministerpräsident Pašić ist am 28. Jänner nach Beograd zurückgekehrt.

Wirtschaft und Verkehr.

Revision von gewerblichen Betrieben. Bei der Arbeitsinspektion in Ljubljana liefen Berichte ein, daß sich in verschiedenen Betrieben verdächtige Typen als Delegierte der Arbeitsinspektion behufs Revision einstellen. Es werden daher alle Unternehmer aufmerksam gemacht, daß jedes mit der Revision eines Betriebes betraute Organ mit einer amtlichen Legitimation mit Photographie versehen ist. Wenn sich ein Organ der Arbeitsinspektion, das die Betriebsräume von Fabriken,

Werkstätten usw. zu revidieren wünscht, nicht mit der amtlichen Legitimation ausweisen kann, soll ihm der Eintritt in das Unternehmen verboten und die Anzeige erstattet werden.

Wieviel zahlten die einzelnen Provinzen an direkten Steuern und Zuschlägen in den vergangenen Jahren? Den Mitgliedern des Finanzausschusses wurde eine Übersicht vorgelegt über die Steuerleistungen der einzelnen Provinzen in den vergangenen 7 Jahren. Darnach zahlten an direkten Steuern und Umlagen in den Jahren 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924 bis 30. September 1925: Slowenien 768.825.789 Din; Serbien und Montenegro 1.176.599.574 Din; Kroatien und Slavonien 1.089.195.813 Din; Bosnien und Herzegowina 704.612.036 Din; die Wojwodina 1.322.307.419 Din und Dalmatien 136.258.334 Dinar.

Der französische Zeitungskrieg gegen unseren Finanzminister. Das „Echo de Paris“ schrieb dieser Tage: „Jugoslawien schuldet uns jetzt unter Ausnützung unserer schwachen Valuta den fünften Teil dessen, was wir ihm faktisch gaben. Dieses Jugoslawien, dem wir die Summen, die wir ihm während des Krieges vorstreckten — sie machen in Francs das Äquivalent von 330 Millionen Dollar aus — nicht einmal erwähnten, beizt sich jetzt, die Rückzahlung der 64 Millionen Dollar zu regeln, die die amerikanische Regierung von ihm verlangt. Es scheint, daß es nicht anders handeln konnte, als daß es uns vor allem bezüglich einer Schuld befriedigt, die eigentlich den Vorrang vor den anderen Kriegsschulden haben muß. Dr. Stojadinović war also in Paris. Er besuchte den Quai d'Orsay (das Außenministerium) und die Rue de Rivoli (das Finanzministerium). Als aber die Delegierten des Vereines der Bondholder und die Ausschußmitglieder dieses Vereines, deren Besuch Finanzminister Doumer Dr. Stojadinović angekündigt hatte, in sein Hotel kamen, wurden sie nicht empfangen. Der Finanzminister mußte den Abend im Theater verbringen und ließ sich entschuldigen. Wenn er aus Amerika zurückkehre, werde er die Verhandlungen beginnen. Wenn er aber aus Amerika zurückkehren wird, wird Frankreich kein Reservoire für Kapitalen mehr sein. Sogar der Dinar erholt sich im Vergleich zum Franc. Im Jänner 1924 notierte der Dinar 0.12, jetzt gilt er 0.50 Franc. Die Jugoslawen haben jetzt in Amerika das Geld, das sie notwendig haben. Es ist dies die Anleihe, die vor 18 Monaten das Haus Blair ausgab. Bald werden sie auch eine zweite Anleihe eingehen, sobald das Schuldenproblem gelöst sein wird. Dann ist natürlicherweise der Pariser Bürger Nebensache, besonders seit sein Haus schlecht verwaltet wird.“

Zu zwei Mädchen im Alter von 5 und 7 Jahren wird ein gebildetes, nettes Mädchen als

Kinderfräulein

gesucht; Klavierkenntnisse zur Nachhilfe Bedingung, Sprachkenntnisse bevorzugt. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen sind zu richten an Frau Käthe Bouvier in Gornja Radgona.

Selbständige, gute Köchin

mit längeren Zeugnissen für ein grosses Geschäftshaus gesucht. Zuschriften mit Gehaltsansprüche zu richten an Frau Maria Rabus, Zagreb, Nikoličeva 13.

Ein schöner halbgedeckter und ein offener

Jagdwagen

sind sehr billig zu verkaufen. Anfragen erbeten unter „Billig 31562“ an die Verwaltung d. Bl.

Gewesene geprüfte Industrielehrerin

u in allen Handarbeiten bewandert, jedoch vom Schicksal hart betroffen, bittet um Arbeiten, um ihr Leben fristen zu können. Adresse erliegt in der Verwaltung des Blattes. 31548

Radio

Empfänger- und Bestandteile-Import in erstklassiger Ausführung nur bei

„Jugotehnika“

Celje, Za kresijo Nr. 5

Prima Referenzen.

Billigste Preise. Kulante Bedienung.

Fachmännische Beratung.

Abendvorführungen.

Ladestation

Konkurrenzlos billig.



Ist doch der beste!



1926

LEIPZIGER MESSE

Frühjahr 1926: 28. Februar bis 6. März
Technische Messe 28. Februar bis 10. März

15.000 Aussteller und 200.000 Einkäufer aus der ganzen Welt treffen sich auf der Leipziger Messe. Sie bietet einen vollständigen Überblick über die Marktlage und ermöglicht äußerst günstige Geschäftsabschlüsse

Verlangen Sie die interessanten Messe-Drucksachen kostenlos. Entgegennahme von Anmeldungen und Auskunft durch den ehrenamtlichen Vertreter

W. Strohbach, Maribor, Gosposka ulica 19

Stiller Teilhaber(in) oder Darlehen

zu mässigen Zinsen, zur Erweiterung eines guten elektro-technischen Unternehmens gesucht. Anträge erbeten unter: „Heimisches Vorkriegs-Unternehmen 31565“ an die Verwaltung des Blattes. 31565